

Man pflegt in „bürgerlichen“ Kreisen die Ausenkerungen der sozialdemokratischen Führer und Parteiorgane gewissermaßen als solche Rundgebungen zu betrachten, die für die Sozialdemokratie bindend sind. Ja, die sozialdemokratischen Wortführer selbst legen großen Wert darauf, als berufene Vertreter des „arbeitenden Volkes“ angesehen zu werden. Das ist einerseits eine Anerkennung der Verhältnisse, andererseits Humbug. Keiner der sozialdemokratischen Führer hat die gesamte Partei hinter sich. Selbst der am zurückhaltendsten und vermittelndsten auftretende „Genosse“ Singer hat — wie die letzten Berliner Vierbörspfort-Versammlungen erwiesen haben — in der eigenen Partei zahlreiche und zwar grundsätzliche Widersacher. Keiner der sozialdemokratischen Parteileiter ist also berechtigt, im Namen der Partei zu sprechen; um wieviel weniger ist es dann erst berechtigt, wenn diese „Genossen“ es wagen, im Namen des „arbeitenden Volkes“ aufzutreten. Wenn nun in gewissen politischen Kreisen dieser Zustand der Zerfahrenheit innerhalb der Sozialdemokratie optimistisch dahin gedeutet wird, daß die sozialdemokratische Partei sich spalten und alsdann ihre Gefährlichkeit verlieren werde, so muß dem auf das entschiedenste widergesprochen werden. Nicht gefahrlos wird die Sozialdemokratie, in die verschiedene Richtungen sich spaltet, sondern sie wird um so gefährlicher, je mehr die Führer die Herrschaft über die durch die sozialdemokratische Agitation hervorgerufene Bewegung verlieren. Die sozialdemokratische Führerschaft hat gegenwärtig über einen großen Teil ihres Anhangs die Herrschaft tatsächlich verloren. Alles Wille, sie wiederzugewinnen, wird vergeblich sein; der Kampf gegen jegliche Autorität untergründet auch die Autorität der Parteileiter. Um also an der Spitze sich behaupten zu können, ist die Führerschaft gezwungen, jedem kräftigen Drängen nachzugeben. „Genosse“ Auer hat erst kürzlich in der „Neuen Zeit“ festgestellt, daß in Sachen des Berliner Vierbörspfort in dieser Weise operiert werden müßte. Die Parteileitung war dagegen, sie war aber gezwungen, das von einer Anzahl Ber-

„Nach neuesten Entscheidungen von Euer Excellenz unterliegen die einmaligen Verfügungen, welche Güterabfertigungsstellen wegen Ausbändigung eines Wahrgutes an einen Dritten von den Empfängern ertheilt werden, der Stempelabgabe für Vollmachten. Diese Entscheidungen stehen im Widerspruch mit einem früheren, von dem Herrn Finanzminister und dem Herrn Minister der öffentlichen Arbeiten gemeinsam gegebenen Erlaß vom 10. Januar 1880, S. Nr. I 15 102, welcher bestimmt, daß einmalige Anweisungen der Empfänger an Güterabfertigungsstellen wegen Ausbändigung eines Gutes an einen Dritten immer stempelfrei bleiben sollen. Uns erscheint, daß der frühere Erlaß, welcher die Stempelfreiheit der einmaligen Verfügungen an Güterabfertigungsstellen durch Empfänger aus sprach, mehr den Bedürfnissen des Verkehrs entsprach und gerechter war als die neuesten Entscheidungen. Zunächst ist leicht ersichtlich, daß nicht nur der Güterverkehr durch die neuen Entscheidungen schwerer getroffen wird, sondern auch ein Theil des Reiseverkehrs, denn die meisten Güterbeförderungen und Gepäckstücke, welche nach Anweisung der Empfänger an eine Station ausgeliefert werden sollen, haben einen höheren Werth als 150 Mark. Es wird somit in vielen Fällen, wo solche Verfügungen stattfinden, Stempelabgabe zu entrichten sein, was eine ungemein hohe Belastung des Güterverkehrs darstellt. Es ist aber unfares Crachten und gar nicht gesetzlich begründet, einmalige Verfügungen

— Wie im verfloffenen Jahre zur Vergrößerung unserer Panzer- und Kreuzerflotte nur zwei Kriegsfahrgenüge vom Stapel gelassen sind, der Kreuzer 4. Klasse „Geyer“ und das Panzerschiff 1. Klasse „Drin“, so sind für das bevorstehende Jahr gleichfalls nur zwei Stapelläufe zu erwarten, die beide in den ersten Monaten des Jahres erfolgen sollen. Und zwar werden dies sein: das achte fertig zu stellende Panzerschiff 4. Klasse „¹⁾“ aus der kaiserlichen Werft zu Kiel, dessen Stapellauf bereits in den nächsten Tagen vor sich gehen wird, und der auf der Aktiengesellschaft „Werke“ bei Bremen erbaute Aviso „H“, der bis spätestens Mai vollendet und zu Wasser gelassen werden wird. Auf Jahre hinaus werden die beiden zu erwartenden Schiffstufen die letzten für unsere Kriegsflotte sein, denn gegenwärtig befindet sich auf keiner Werft ein für die Marine bestimmtes Fahrzeug im ersten Stadium seines Baues. Trotzdem ist das verfloffene Jahr von hoher Bedeutung für unsere Streitmacht zu Wasser gewesen. Während des Verlaufs sind eine große Anzahl von Schiffen fertiggestellt und ausgerüstet worden, um theils nur Probefahrten, theils aber auch zum ersten aktiven Flottendienst herangezogen zu werden, so daß das Jahr 1894 zweifellos die Vergrößerung unserer Marine das bis jetzt ereignisreichste seit ihrer Begründung war und voraussichtlich auch für die nächsten Fahrjahre bleiben wird. Nicht weniger wie acht Kriegsfahrgenüge hielten Probefahrten ab — „Brandenburg“, „Weisenburg“, „Kurfürst“, „Friedrich“, „Wilhelm“, „Wörth“, „Hildebrand“, „Reimold“, „Dagen“, „Gefion“ — von welchen sich zur Zeit nur „Gefion“ in der Reserve befindet. Außer diesen wurden zum ersten aktiven Flottendienst die beiden Kreuzer vierter Klasse „Runder“ und „Norman“

Frankreich.

Paris, 4. Januar. General Davras, dem morgen früh die Degradirung des Hauptmanns Dreyfuß vornehmen soll, verständigte Nachmittags die Truppendeiche, die der Seremonie beiwohnen werden. Da Dreyfuß äuferte, er werde in Augenblick der Degradirung gegen das Urtheil protestiren, erhielten die Trommschläger streng Auftrag, sofort die Trommeln zu rühren, sobald der Vermuthete zu sprechen beginnt.

Der Verlust, den der Staat und die Departheents durch die Verirrungen der Säbingsache selbst erleiden, beträgt zehn Millionen. Der Untersuchungsrichter verhörte heute drei Abgeordnete und zwei Senatoren, die in die Angelegenheit verwickelt sind.

hinter Apparat residirt und beansprucht dafür die
besagte Gebühr von 2 Mark. S. zahlte nicht
da er von der Ansicht ausging, daß der Regie-
rungs-Präsident nicht berechtigt sei, durch Ver-
fügung den Gastwirthen die Zahlung der
Revisionsgebühren aufzuerlegen. Das hiesige
königliche Amtsgericht entschied durch Erkenntnis
vom 14. December v. S. dahin, daß der Kläger
mit seiner Forderung abzuweisen sei. In der
Entscheidungsgründen heißt es: „Der Kläger
fordert den Entgelt für die auf Anordnung der
Polizeibehörde unvermuthet vorgenommene Revision
vom Beklagten. Zur Duldung dieser Revision
war der Beklagte nach der Polizei-Verordnung
verpflichtet, zu r Bezahlung nicht. Die Ver-
ordnung scheint dies freilich stillschweigend vor-
auszusetzen, indem sie besonders hervorhebt, daß
für die Revision durch Polizeibeamte keine Ge-
bühren erhoben werden sollen. Allein zum An-
druck ist diese Pflicht in der Verordnung nicht
gekommen. Ob der Regierungs-Präsident bei
Gast- und Schankwirthe durch einseitige Ver-
fügung zur Tragung der Revisionsgebühren an-
halten dürfe, ist eine im Verwaltungsstreitbe-
fahren zwischen Polizei und Wirthen nicht zu

